

in jedem EU-Mitgliedstaat zu kämpfen, um im Einklang mit dem Völkerrecht zu reagieren und dafür zu sorgen, dass die Prinzipien der Solidarität, des Internationalismus und der Klasseneinheit der Werktätigen vorherrschen.

Die Völker wollen und brauchen ein anderes Europa – ein anderes Europa ist möglich!...

Die Warnungen der fortschrittlichen Kräfte über den Charakter, die Politik und den Kurs der EU – wie sie in den Verträgen definiert sind und mit der Politik, die die rechten Kräfte und die Sozialdemokratie Europas umgesetzt hat, vertieft wurden – haben sich als wahr erwiesen. ... Unter dem Motto „Mehr Europa“ diskutieren die Staats- und Regierungschefs der EU nicht über einen anderen Weg oder ein anderes Europa, sondern über die Geschwindigkeit, mit der die EU der Monopole, Militarisierung und Direktionen weiter gestärkt werden wird. Andererseits sind nicht nur der Nationalismus und Rassismus der Rechtsextremen keine Alternative, sondern sie stellen auch das reaktionärste Gesicht des Kapitalismus dar, das an die dunkelsten Zeiten Europas erinnert.

Die Krise in der EU – ein Ergebnis des Kapitalismus und seiner Widersprüche – hat alle Probleme auf dramatische Weise in den Vordergrund gerückt und gezeigt, dass der Aufbau der EU in seinem Wesen nicht reformierbar ist, da seine Verträge eine neoliberale und militärische Struktur und einen Prozess definieren. Ein Weg einer wirksamen Zusammenarbeit in Europa muss notwendigerweise auf den Grundsätzen der Souveränität, der Freiheit, der Demokratie, des sozialen Fortschritts und des Friedens basieren. Ein anderes Europa ist möglich, notwendig und zeitgemäßer denn je. Ein anderes Europa – ein Europa, das den Arbeitern und Völkern und ihren Bedürfnissen dient – kann durch einen radikalen Wandel in den Grundlagen, auf denen die EU aufgebaut wurde, entstehen. Ein radikaler Wandel, von den Arbeitern und den Völkern Europas konzipiert und beschlossen.

Die Geschichte des europäischen Kontinents ist voll von militanten und revolutionären Hinterlassenschaften. Das beweist, dass die Völker – mit den Werktätigen und der Jugend als der Pioniermacht – mit ihren Kämpfen die gegenwärtigen Angriffe und barbarischen Maßnahmen stoppen können; den Weg zu Rechtsextremismus und Faschismus erneut blockieren; den Weg für große soziale Veränderungen mit antiimperialistischem und monopolfeindlichem Charakter ebnen können: eine Alternative zum Kapitalismus und seinen Sackgassen schaffen; die Vision vom Aufbau neuer Gesellschaften für Fortschritt, Frieden und soziale Gerechtigkeit erneut projizieren.

Wir vereinen Kräfte - Wir stärken die Kämpfe

Wir wissen, dass die Gefahr der Rechtsextremen heute eine große Bedrohung für unseren Kontinent und seine Völker darstellt, die auch von der Trump-Administration in den Vereinigten Staaten unterstützt wird. Die herrschenden Kräfte und Interessen der EU können diese Bedrohung nicht eindämmen, denn es ist ihre Politik, die den Boden kultiviert, der sie erzeugt, während einige sogar offen mit den Rechtsextremen zusammenarbeiten. ... Wir fordern die Werktätigen, die Jugendlichen, die Frauen und ganz allgemein die Völker der Mitgliedstaaten der EU

auf, ihre Forderungen, Bestrebungen, Kämpfe und Visionen mit ihrer Stimme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zum Ausdruck zu bringen und die Kräfte zu stärken, die – wie wir, die Parteien, die diesen Appell unterzeichnen – an vorderster Front in den Arbeits- und Sozialkämpfen stehen und sich verpflichten, den Kampf fortzusetzen:

- Für ein Europa der sozialen Rechte...
- Für ein Europa des wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen nachhaltigen Fortschritts...
- Für ein Europa des Friedens und der Zusammenarbeit mit allen Völkern der Welt...
- Für ein Europa der Demokratie, der Zusammenarbeit zwischen souveränen und gleichberechtigten Staaten...
- Für ein Europa der Freiheit, der Rechte und der Solidarität...

Wir arbeiten zusammen und stärken die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament. Zu diesem Zweck werden wir unsere Zusammenarbeit weiterentwickeln, und wir verpflichten uns, die Arbeit der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament auf der Grundlage der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung unserer Unterschiede, Wege, Erfahrungen und Besonderheiten fortzusetzen; unser gemeinsames Vorgehen

über die GUE/NGL als eine Arena der Zusammenarbeit fortzusetzen, die sich auf die vielen Dinge konzentriert, die uns im Kampf für ein anderes Europa verbinden....

Unterzeichnet von 20 linken Parteien der EU, u.a. von DKP und PARTEI die LINKE



Infobox:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses Probeabo der uz - Zeitung der DKP
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:
 DKP Saarland, Sittersweg 83, 66113 Saarbrücken,
 dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de,
 v.i.S.d.P.: Artur Moses

DKP info

www.dkp-saarland.de

Wahlen zum Parlament der Europäischen Union: Worum geht es? Für oder gegen was?

Am 26. Mai findet die Wahl zum EU-Parlament statt. Im Saarland zusammen mit den Kommunalwahlen und auch mancherorts mit Bürgermeisterwahlen.

Die Europäische Union - eine „Ode an die Freude“? Diese EU mit ihren Wahlen kommt unterschiedlich daher. Mit goldenen Sternen auf blauem Hintergrund und mit einer Hymne, die Beethovens 9. Sinfonie mit der „Ode an die Freude“ von F. Schiller als Anspruch erhebt. „Alle Menschen werden Brüder“ und Schwestern.

Millionen Menschen können aber die Zustände in dieser EU nicht als eine „Ode an die Freude“ wahrnehmen. Ihr Alltag ist ein anderer.

Die EU-Haushaltsdoktrin wird erlebt als ein Laboratorium für Superprofite: alles dem Markt unterordnen. Vielerorts wird damit die Daseinsvorsorge gefährdet. Sie verhindert eine bessere Sozialpolitik. Privatisierungen entpuppen sich nicht als Lösungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse, sondern als Enteignungen der Gesellschaft - Kapitalkreise sind die Profiteure. Die vorangetriebene Militarisierung dieser EU treibt die Rüstungshaushalte in immer größere Höhen. Die Mittel dafür werden aus den Sozialkassen genommen oder mit neuen steuerlichen Belastungen für die Massen generiert.

Durch die EU-Finanzpolitik werden ganze Staaten in humanitäre Ausnahmesituationen gebracht, nicht nur Griechenland. Unterentwicklung in vielen Regionen mit Armut ist bittere Realität. In vielen Ländern des Südens der EU beträgt die Jugendarbeitslosigkeit 30 Prozent. Sicherheiten für Arbeitsplätze und Einkommen gibt es nicht. Millionen Menschen ringen darum, bis zum Ende des Monats über die Runden zu kommen. Die Gefahr von sozialem Abstieg ist keine Einbildung. Zehntausende Arbeitsplätze stehen nicht nur in der Automobilindustrie auf dem Spiel. Die dunklen Wolken weiterer kapitalistischer Krisen stehen am Horizont. Diese EU erweist sich als unfähig, die Dimensionen dieser Krisen mit ihren Folgen zu erkennen und darauf im Sinne der Betroffenen zu reagieren. Sicherheiten gibt es - für Rüstungskonzerne und Großbanken; diesen wurde und wird mit Milliarden unter die Arme gegriffen.

Kriegerische Konflikte und Spannungen sind für diese EU keine Herausforderung, um mit Lösungsvorschlägen Frieden zu stiften. Sie sind ein Feld der

Einmischung, des Dabeiseins, wenn es um den Kampf um Märkte und Ressourcen geht. Diese EU ist keine Friedensmacht. Die Afrika- und Nahost-Politik ist alles andere als ein Mittel um Elend, Not und mangelnde Zukunftsperspektiven zu bekämpfen. Es findet nur das statt, was wirtschaftlichen Interessen dient und Kapitalkreisen Vorteile bringt.

Nach innen ist diese EU alles andere als ein Hort von Demokratie. Die EU-Kommission ist nicht demokratisch legitimiert. Ihre Beschlüsse kommen als unverrückbare Diktate daher. Aufgaben und Ziele werden von den Mitgliedsregierungen ausgehandelt. Hinzu kommt das Geschachere um Einfluss, Posten, Pfründe. Das EU-Parlament vegetiert als Feigenblatt für diesen Zustand dahin. Seine Beschlüsse sind unverbindlich.

Dieses Regulierungssystem ist im Verfassungsvertrag der EU vereinbart, mit dessen konservativen, neoliberalen, die Interessen bestimmter Kapitalkreise bedienenden Herrschaftspolitik. Doch Millionen Menschen sehen in der EU eine glückliche und sichere Zukunft. Vielen geht es auch gut. Aber - Millionen Menschen verbinden mit dieser jetzigen EU keine bessere Zukunft. Sie erleben keinen Ausgangspunkt für soziale Sicherheit und lohnende Zukunftsperspektive. Im Vordergrund des Erlebens und der Wahrnehmung dieser EU stehen die Nachteile für die eigene Lage jetzt und in Zukunft. Für Millionen ist es keine „Ode an die Freude“.

Die EU-Wahl - eine Schicksalswahl? Für wen?

Die Macher, Verteidiger und Nutznießer der jetzigen EU lenken von den eigentlichen Problemen ab. Im Vorfeld der EU-Wahl laufen dafür die Vernebe-

lungs- und Blaue-Dunst-Kanonen im Dauerbetrieb. Die EU-Wahl wird als Schicksalswahl für Europa hochstilisiert. Die vorhandenen Enttäuschungen mit dieser EU werden dabei auf üble Weise missbraucht. Die bestimmenden Kräfte dieser EU setzen auf eine weitere Verschärfung ihres Kurses, mit einigen kosmetischen Retuschen versehen. Im Mittelpunkt stehen dabei die weitere Militarisierung nach außen und dafür die massive Erhöhung der Rüstungshaushalte. Die EU soll weiter abgeschottet, mit einer bis an die Zähne bewaffneten „Schutztruppe“ regelrecht eingemauert werden. Sozialpolitik wird auf der Strecke bleiben. Wirksame Programme für Arbeit und Ausbildung, Daseinsvorsorge, Hilfe für unterentwickelte Regionen in der EU soll es nicht geben. Millionen Jugendlichen sollen keine bessere Perspektive bekommen. Höhere Mindestlöhne werden verweigert.

Diese Politik erfordert Widerstand. Und tragfähige Alternativen, die



die Lage wirklich verändern können. Der Weg zurück in die Nationalstaaterie mit all seinen Varianten ist allerdings untauglich und gefährlich. Dafür kämpfen wir Kommunist*innen im Saarland nicht.

In einem Bundesland wie dem Saarland, mit seiner leidvollen Vergangenheit, nicht nur als Zankapfel zwischen den europäischen Kapitalistenklassen, setzen wir Kommunist*innen hier vor Ort uns ein für eine Zukunft mit einer menschenwürdigen Perspektive. Wir kämpfen für gleiche Lebensverhältnisse, so wie es das Grundgesetz vorgibt.

In der Vergangenheit litten die Menschen an der Saar unter der internationalen kapitalistischen Gier nach entwickelter industrieller Basis und der Energiequelle Kohle. Heute sind es die kaputtmachende Verschuldung und Abhängigkeit in der BRD als ehemalige Montan-Region. Von gleichen Lebensverhältnissen in allen Bundesländern keine Spur.

Dies hat natürlich etwas mit der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsweise in der gesamten EU zu tun – viele Regionen befinden sich in drastischen Notlagen und haben schlechte Zukunftsperspektiven. Die bestimmten Entscheidungen werden zudem im eigenen Land getroffen!



Was soll sich also ohne EU an dieser Lage wirklich ändern? Wir können darin keinen greifbaren gesellschaftspolitischen Fortschritt erkennen.

Die Herrschenden und die Profiteure bleiben dieselben. Ihre Macht wäre nicht gebrochen und auch mit nationalistischen Tönen nicht eingeschränkt. Für sie können im Gegenteil sogar größere Spielräume und noch mehr Möglichkeiten entstehen. Diese sind mit ihrer ökonomischen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent und in der BRD das eigentliche Problem.

Diese EU ist nicht Europa. Die Liste der Länder in Europa ist wesentlich länger. Insofern ist das EU-Parlament auch nicht das Parlament des gesamten Europas. Es geht also nur um das EU-Europa. Es muss die Frage gestellt werden, inwieweit die jetzige EU mit ihrer jetzigen Ausrichtung ein konstruktiver Beitrag für ein Europa der Völker ist. Wir spannen den Bogen über die jetzige EU hinaus.

Worum es jetzt geht!

Jetzt geht es darum, die Beherrschung dieser EU durch das Monopolkapital einzuschränken, die Institutionen zu demokratisieren und Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Nur eine EU, die gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, nicht weiter hochrüstet, soziale und ökologische Probleme löst, wäre ein gesellschaftlicher Fortschritt für ganz Europa. Dazu muss letztlich die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.

Was von dieser EU dann weiterentwickelt und bewahrt wer-

den kann, oder radikal zur Seite geschoben werden muss, wird von den Menschen im Ringen für eine bessere Zukunft entschieden.

Wir sind dabei.

- Wir unterstützen deshalb den gemeinsamen Appell zu den EU-Wahlen "Für ein Europa der arbeitenden Menschen und der Völker – Erklärung linker und kommunistischer Parteien aus dem EU-Raum".
- Wir werden dementsprechend hier vor Ort handeln.
- Wir werben entsprechend diesem Aufruf zur Wahlbeteiligung zur EU-Wahl und für eine Stimmabgabe für diese Ziele.



Gegen die Militarisierung Europas! Verantwortung übernehmen heißt: Abrüsten statt Aufrüsten!

Außenminister Maaß sieht in der weiteren Militarisierung und Aufrüstung der EU eine Antwort auf die neuen Herausforderungen unserer Zeit. In Wahrheit macht er sich damit zum Wegbereiter einer neuen Aufrüstungsspirale, die in die Katastrophe führt – ob durch Krieg oder Ressourcenvergeudung.

In der sogenannten „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) werden die EU-Staaten auf die bereits im Maastrichter Vertrag enthaltenen Pflicht zur Aufrüstung verdonnert. Frankreich und Deutschland sind in den meisten Fragen zerstritten, wenn es um die Zukunft Europas geht. Mit einer Ausnahme – der Militarisierung der EU.

PESCO soll als künftige Schaltzentrale der EU-Militärpolitik unter anderem die Herausbildung („Konsolidierung“) eines deutsch-französisch dominierten Rüstungskomplexes vorantreiben. Deshalb wurde ebenfalls beim deutsch-französischen Ministerrat am 13. Juli 2017 der bereits zuvor beschlossene gemeinsame Bau einer Eurodrohne bekräftigt sowie erstmals der eines Kampfpanzers und eines Kampfflugzeuges angekündigt. Zusammen sollen diese drei Großprojekte als künftiges Rückgrat des im Aufbau befindlichen Europäischen Rüstungskomplexes dienen (siehe IMI-Analyse 2018/25).

Die „Bedrohung aus dem Osten“ war schon immer eine Lüge, mit der man der eigenen Bevölkerung die Aufrüstung zugunsten der Profitinteressen der Rüstungsindustrie verkaufen wollte.

Wie wäre es mit einer Abrüstungsspirale? Russland hat nach SIPRI-Angaben ihre Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren um zwanzig Prozent reduziert, auf 66,3 Milliarden Dollar in 2018. Die europäischen NATO-Staaten gaben 2017 mit 242 Milliarden Dollar fast viermal so viel für ihre Streitkräfte aus wie Russland. Nicht dazu gerechnet sind die

zig-Tausend in Europa stationierten US-Soldaten samt High-Tech-Waffen. Nimmt man die gesamte NATO – einschließlich USA und Kanada – dann gab sie 2018 1013 Mrd. Dollar (über eine Billion) für Militär und Waffen aus: etwa das 15-fache Russlands; das Viereinhalbfache Chinas. Die Beschaffung von Waffen steigt im Bundeswehr-Etat weit überproportional: Zuwachs in einem Jahr (2018) 32 Prozent.(Quelle isw).

Deshalb fordert die DKP Saarland:

- Schluss mit der Militarisierung und der Aufrüstung in der EU! Rüstungsausgaben drastisch senken!
- Stopp aller Rüstungsprojekte und Schluss mit EU-Waffenexporten in Krisenregionen!
- Schluss mit Auslandseinsätzen der EU!
- Aus Konzerngewinnen finanzierte Umstellung von Rüstungsunternehmen auf zivile Produktion!

Ein System der gemeinsamen Sicherheit für Europa und weltweit! Gemeinsamer Kampf gegen Klimaveränderung und soziale Unsicherheit! Bildung statt Bomben!

Schluss mit der menschenverachtenden Abschottungspolitik der EU!

Nach wie vor sterben jeden Monat hunderte Menschen auf der Flucht nach Europa. Andere werden in menschenunwürdige Lager eingepfercht, zur Sklavenarbeit gezwungen. Diese Zustände sind von den EU-Staaten gewollt – sie sollen zur Abschreckung derer dienen, die sich noch auf den Weg machen könnten. Mit dem weiteren Ausbau der Grenztruppe FRONTEX soll die Festung Europa noch zuverlässiger dicht gemacht werden. Die EU-Wirtschafts- und Handelspolitik verschärft die soziale Not in den Herkunftsländern der Geflüchteten, indem sie z. B. durch subventionierten Warenexport die dortigen regionalen Märkte zerstört. Gleichzeitig sind die Industriestaaten die Hauptverursacher des Klimawandels und damit von weiteren Fluchtursachen.

Die EU-Politik der Waffenexporte und Wirtschaftsexpansion ist also Mitverursacher der Migration.

Die DKP Saarland fordert ein sofortiges Ende dieser inhumanen Politik.

- Schluss mit FRONTEX – Sofortige Wiederaufnahme der staatlich finanzierten Seenotrettung und Ende der Verfolgung von privaten Rettungsinitiativen!
- Sichere Fluchtwege nach Europa! Keine Abschiebungen in Staaten, in denen Menschen bedroht sind oder in denen kein würdiges Leben möglich ist!
- Gerechte Handelsverträge mit den afrikanischen und arabischen Staaten! Hilfen beim Aufbau regionaler Wirtschaften als Entschädigung für die Europäische Kolonialpolitik!
- Integration der Geflüchteten statt Lagerunterbringung und Sündenbockpolitik! Schluss mit der weiteren Verschärfung des Asylrechts und der Bedrohung von Flüchtlingsolidarität!
- Sofortiges EU-Finanzierungsprogramm für den sozialen Wohnungsbau für Mangelregionen!
- Eine sozial gerechte Klimapolitik – auch zum Schutz der ärmsten Staaten der Welt vor zusätzlicher Not!

Auszug aus:

Gemeinsamer Appell zu den EU-Wahlen: Für ein Europa der arbeitenden Menschen und der Völker

<http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2019/01/gemeinsamer-appell-zu-den-eu-wahlen/>

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sehen sich die arbeitenden Menschen und die Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) mit enormen Schwierigkeiten

und Blockaden konfrontiert. Die Arbeitnehmer sind mit Arbeitsplatzunsicherheit und sozialer Unsicherheit, Ungleichheiten, Armut und mit dem Angriff auf Löhne, Renten und ihre Rechte konfrontiert. Die Völker und insbesondere die Jugendlichen sind von Arbeitslosigkeit, erzwungener Wirtschaftsmigration und einem schwindenden Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wohnen betroffen. Eine Realität, die Ausdruck der verstärkten Ausbeutungs- und Verarmungspolitik der EU ist....

Die EU selbst befindet sich nach wie vor in einer Krise und ist mit schweren Turbulenzen konfrontiert.

Die EU, die herrschenden Klassen und die sie vertretenden Kräfte können die wachsende soziale Unzufriedenheit, die ihre Politik hervorruft, nicht mehr verbergen: Neoliberalismus in der Wirtschaft, die undemokratische und zentralisierte Struktur ihrer Funktionsweise, Militarismus und Interventionismus in den internationalen Beziehungen. ...

Der Mensch geht vor Profit!



- Anstelle von „Wohlstand“ zählen die Völker in der EU millionenfach Arbeitslose, Obdachlose und Arme, während gleichzeitig Milliarden von Euro für die Rettung von Banken bereitgestellt werden. Die öffentlichen Dienste und die öffentlichen Unternehmen werden privatisiert, Sozialgüter kommerzialisiert. Bankkredite werden in öffentliche Schulden umgewandelt, die auf den Rücken der Werktätigen gehen.
- Anstelle von „Demokratie und Freiheit“ werden neue Mechanismen zur Aktenanlage über Bürger und zur Kontrolle der Internetkontrolle eingeführt. Demokratische Freiheiten, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, werden angegriffen. Der Rechtsextremismus und Neofaschismus, der im 20. Jahrhundert durch den Kampf der Völker besiegt wurde, taucht in Europa wieder auf, während der Antikommunismus und die Verfälschung der europäischen Geschichte einen institutionellen Charakter annehmen. ...
- Statt „Frieden“ militarisiert und vertieft die EU ständig ihre organische Verbindung zur NATO. Mit der Schaffung einer strukturierten Zusammenarbeit im militärischen Bereich (PESCO) wurde nun eine neue Phase des Militarismus eingeleitet Gleichzeitig ist die EU an einer Eskalation von Interventionen und Aggressionen gegen Staaten und Völker beteiligt, was sich an ihrer Komplizenschaft mit Israel angesichts des Dramas des palästinensischen Volkes zeigt.
- Anstatt die Umwelt zu schützen, ordnet die EU ihre Umweltpolitik den Gesetzen des Marktes unter. ...
- Anstatt Solidarität zu zeigen und sich den Ursachen zu stellen, die Millionen von Menschen dazu veranlassen, ihre Länder zu verlassen, verfolgt die EU eine Politik, die die Situation eskaliert und verschlimmert. Ihre Beteiligung an imperialistischen Interventionen im Nahen Osten und in Nordafrika hat die Zahl der Flüchtlinge vervielfacht. ...

Gleichzeitig sieht das Großkapital in den europäischen Ländern die Flüchtlingen und Migranten als billige Arbeitskräfte, die sie ausbeuten will, um die Arbeitsbeziehungen zu untergraben. ... Die fortschrittlichen Kräfte sind aufgerufen,